

Pressemitteilung

Baumaterialpreise weiter auf Rekordhöhe: Asphalt um 27 Prozent teurer als 2021

Steigende Kosten sind Risiko in Bestandverträgen und erschweren Kalkulation für Neuaufträge

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lagen im Mai 2022 – drei Monate nach Kriegsbeginn in der Ukraine – um 33,6 Prozent über dem Niveau von Mai 2021. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, war dies der höchste Anstieg gegenüber einem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Neben Energie, Diesel und Stahl, die im Preis um 87,1, 53,2 bzw. 72,1 Prozent zugelegt haben, ist nun auch Asphalt von Preissteigerungen betroffen. „Die Bauunternehmen müssen nun 26,7 Prozent mehr für Asphalt bezahlen. Hier schlägt die Verteuerung von Bitumen – das als Bindemittel eingesetzt wird – mit einem Preisplus von 61,4 Prozent mittlerweile durch“, kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Tim-Oliver Müller, die vom Statistischen Bundesamt heute veröffentlichten Erzeugerpreisindizes für in Deutschland produzierte gewerbliche Produkte.

33/22
Berlin, 20.06.2022

Müller: „Die Preise scheinen weiterhin nur eine Richtung zu kennen – nach oben. Die starken Baumaterialpreis- und damit Baukostensteigerungen machen den Bauunternehmen schwer zu schaffen. Bei Projekten, die schon vor mehreren Monaten oder gar Jahren begonnen wurden, konnte man diese Entwicklung bei Vertragsunterzeichnung auf keinen Fall vorhersehen. Bei Vereinbarung von Festpreisen müssen die Unternehmen die gestiegenen Kosten nun selbst schultern. Davon ist nahezu jedes vierte Tiefbauunternehmen betroffen.“ Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages hätten 23 Prozent der befragten Tiefbaubetriebe angegeben, dass eine Weitergabe der gestiegenen Kosten wegen langfristiger Verträge oder fehlender Kundenakzeptanz derzeit überhaupt nicht möglich sei. Bei mehr als der Hälfte der Unternehmen gehe die Situation zu Lasten der Marge. Während private Auftraggeber Verständnis für die Situation hätten und Mehrkosten zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer aufgeteilt würden, seien die Hürden für entsprechende Verhandlungen bei der Öffentlichen Hand noch zu hoch. „Wir können unmöglich weiterhin ein Puffer des Staates für gestiegene Preise sein und an unsere Substanz gehen, wenn wir auch künftig die Infrastrukturmodernisierung unseres Landes realisieren sollen. Wir brauchen daher eine faire Neugestaltung der Regelungen des Bundes für den Umgang mit Mehrkosten bei öffentlichen Bauvorhaben“, so Müller abschließend.

Alle Angaben und Berechnungen beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes.